

Mündliche Anfragen

zur 28. Fragestunde

in der 104. Plenarsitzung vom 14. November 2019

- | | |
|--|---|
| <p>1. Anfrage des Abg.
Karl Rombach CDU</p> <p>Eingang: 25. 10. 2019</p> | <p>Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar (VSB) weiter stärken</p> <p>a) Welche Möglichkeiten und Chancen sieht die Landesregierung, um den Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar (VSB) weiter zu stärken?</p> <p>b) Wie kann der Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar (VSB) im Hinblick auf die Anbindung des Schwarzwald-Baar-Kreises an die Breisgau-S-Bahn mit dem Regio-Verkehrsverbund Freiburg (RVF) tariflich besser verzahnt werden?</p> |
| <p>2. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP</p> <p>Eingang: 29. 10. 2019</p> | <p>Verbesserung der Verkehrsqualität durch den Ausbau der Enztalquerung</p> <p>a) Inwieweit wurden die Unfallzahlen in der Enztalquerung der Autobahn A 8 während des Planfeststellungsverfahrens einbezogen, insbesondere unter Angabe, inwieweit die steigenden Unfallzahlen, die die Enztalquerung laut den letzten Unfallatlanten zu einem Unfallschwerpunkt machen, gegebenenfalls zu einer Anpassung der Planungen führten?</p> <p>b) Inwieweit geht die Landesregierung in Anbetracht der geplanten Gradienten von 5 %, der kurzen Strecke bis zum Aufstiegs- bzw. Zusatzfahrstreifen am nördlichen Hang des Enztals in Fahrtrichtung Karlsruhe, der Tatsache, dass in Fahrtrichtung Stuttgart ein durchgehender Zusatzfahrstreifen von der Auffahrt Pforzheim-Ost bis auf den südlichen Enztalhang geplant ist, und des zu erwartenden hohen Verkehrsaufkommens davon aus, dass ein durchgehender Aufstiegs- bzw. Zusatzfahrstreifen von der Auffahrt Pforzheim-Ost in Fahrtrichtung Karlsruhe dem Verkehrsfluss sowie der Verkehrssicherheit zuträglich wäre?</p> |
| <p>3. Anfrage der Abg.
Sabine Wölfle SPD</p> <p>Eingang: 07. 11. 2019</p> | <p>Umsetzung der nachlaufenden Spitzabrechnung im Rahmen der Kostenerstattung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) Baden-Württemberg</p> <p>a) Wie viele Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg haben aktuell Liquiditätsprobleme bzw. können bei der Aufstellung ihrer Haushalte § 22 Absatz 1 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) voraussichtlich nicht einhalten, weil die sogenannte nachlaufende Spitzabrechnung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) Baden-Württemberg nicht zeitnah erfolgt?</p> |

- b) Bis wann dürfen die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg mit den Rückerstattungen bzw. den Schlussabrechnungen für die einzelnen Haushaltsjahre rechnen?

4. Anfrage des Abg.
Stephen Brauer FDP/DVP

Entwicklung der Biverschäden im Landkreis Schwäbisch Hall

Eingang: 11. 11. 2019

- a) Wie haben sich die durch Biber verursachten Schäden seit dem Jahr 2011 im Landkreis Schwäbisch Hall in den einzelnen Gemeinden entwickelt?
- b) Welche Gegenmaßnahmen und Entschädigungen wurden von Landesseite geleistet?